

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, U. 16, Holbeinstr. 46

Telefon 21 369 Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Abonnementpreis: Ausgabe A mit Illustr. wöchentlich 2.00 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.50 M. — Ausgabe B wöchentlich 1.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.00 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Einzelnen: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsbelegblätter 40 Pf., im Restumsatz 1 M. Familien-Anzeigen 30 Pf. — Für unbenutzte geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgebundene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Der Parteitag

Auf die Bekanntgabe des Termins des Parteitages für die Zentrumspartei des Reiches, erfolgte ein Dokument der Parteileitung und darauf ein recht kritischer Artikel der S. V. G. Nun nahm vor kurzem eine der Parteileitung sehr nahe stehende Seite im Stuttgarter „Deutschen Volksblatt“ in ziemlich heftiger Weise gegen die S. V. G. Stellung. Es wurde u. a. die Angriffe auf die Parteileitung wegen des Zementis zurückgewiesen und betont, daß nach der Lage der Dinge nicht der geringste Zweifel darüber besteht, daß der allgemeine Parteitag des Zentrums noch in diesem Herbst stattfinden wird. Ueber Zeit und Ort des Parteitages habe allein die Fraktion zu entscheiden.

Die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung wird diese Entscheidung im Interesse der Gesamtpartei, wie im eigenen Interesse sobald als irgend möglich treffen. Sie bedarf dazu keinerlei Anfeuerung, denn sie hat unter den bisherigen Verhältnissen schwer zu leiden gehabt, und nur der harte Zwang der Verhältnisse hat sie gehindert, die Vorbereitungen zum Parteitag schon viel früher zum Abschluß zu bringen. Dringende Aufgaben von allergrößter Bedeutung nahmen die Fraktion in Anspruch. Der S. V. G. Artikel ruft den Eindruck hervor, als ob die Fraktion den Parteitag scheue. Das Gegenteil ist der Fall: die Zentrumsfraktion sehnt sich geradezu nach der Zeit, wo sie einmal wenigstens einige Tage mit ihren Parteifreunden im Lande unmittelbar, Auge in Auge, verkehren kann.

Kochmals wurde der Ueberlastung der Fraktion Erwähnung getan. Bei aller gerechten Würdigung der geleisteten Arbeit darf die Parteileitung aber sich nicht wundern, daß in der Wählererschaft es nicht recht verstanden wird, warum gerade die Zentrumsfraktion so viel mehr Ueberlastet sein soll, wie die anderen Parteien, z. B. die Mehrheitssozialisten, die doch alle schon längst ihren Parteitag abhielten. Es ist auch nicht recht verständlich, warum Zeit und Ort des Parteitages noch nicht haben endgültig festgelegt werden können. Billigerweise könnte man auch erwarten, daß von den leitenden Parteinstanzen baldigst bekanntgegeben wird, in welchen Richtlinien der Ausbau des Parteitages gedacht ist. Im Interesse der doch immerhin für das Ganze beträchtlichen Zahlen der Zentrumswähler, die keinen Abgeordneten in die Fraktion haben entenden können, ist es dringend zu wünschen, und für das weitere Anwachsen des Zentrumsgedankens überhaupt ist es von größter Bedeutung, daß die Basis auf welcher die Delegierten zum Parteitage gewählt werden eine möglichst breite ist und sich nicht auf die Wahlkreise aufbaut.

Wir denken uns z. B. die Wahl der Delegierten nach Ländern und Provinzen nach Maßgabe der dort abgegebenen Stimmzahl, wobei die Möglichkeit bestehen muß, daß zwei Länder wie z. B. Sachsen und Thüringen ihre Stimmzahl vereinigen können. Es wird wohl jedem einleuchten, daß der Parteitag nur auf breiterer demokratischer Grundlage unter möglicher Berücksichtigung auch der kleinsten Wählerblöcke aufgebaut werden muß, damit der Zusammenhang mit der großen Partei in allen Teilen des Reiches sich immer inniger gestalten kann. Alle die Provinzen und Länder, wie wir hier in Sachsen, die keine Abgeordneten in die Nationalversammlung entsenden konnten, haben das dringende Bedürfnis, nicht nur mit beratender sondern auch mit beschließender Stimme an den Aufgängen der Partei auf dem Parteitage mitzuarbeiten und dort wenigstens unsere örtlichen Wünsche zur Geltung bringen zu können.

Wir können unsere Wünsche und Vorschläge aber nur dann zu Gehör bringen, wenn der Entwurf des Parteitages in der Parteipresse zur Debatte gestellt wird.

Wie wir von gut informierter Seite hören, ist durch die oben erwähnte Erklärung keineswegs Verhütung über die Frage des Parteitages entstanden. Im Gegenteil hat sich in weiten Kreisen der Eindruck verstärkt, daß man mit einer erneuten Verzögerung rechnen müßte, ja mit einer eventuellen gänzlichen Sistierung. Wir können und wollen diesen Gerüchten keinen Glauben schenken. Wir sind davon überzeugt, daß die Parteileitung weiß, welche ungeheure Wichtigkeit der Parteitag für die kommende Reichstagswahl hat. Es muß genügend Zeitraum zwischen der Neuwahl und dem Parteitag liegen. Die Rechtsparteien haben nach Zeitungsmedungen ihren Aufmarsch schon vollzogen. Die nationaldemokratische Partei soll schon ihre gesamte Kandidatenliste fertiggestellt haben. Der Wahlkampf wird ein ungeheuer heftiger werden. Das Zentrum wird den heftigsten Angriffen von rechts und links ausgesetzt sein. Darum ist es für die Partei eine Lebensnotwendigkeit, daß sie ein klares Programm aufstellt. Dieses Programm kann und

darf aber nur unter Mithilfe der breiten Wählerchaft aufgestellt werden. Es geht unter keinen Umständen, daß aus der Fraktion heraus von oben die Richtlinien diktiert werden. Darum ist der Parteitag für uns die wichtigste Forderung und zugleich die Entscheidung ob wir in alter Festigkeit aus dem Wahlkampf hervorgehen werden.

Ein Eintritt der Unabhängigen in die Regierung

Von unserer parlamentarischen Vertreter:

In einem Teile der Deutschen Presse kommt man in den letzten Tagen mehrfach einer Berliner Nachricht bezugehen, wonach mit einem nahe bevorstehenden Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zu rechnen sei. Wenn man nicht auf den Gedanken kommen wollte, daß diese Mitteilung einen von unabhängiger Seite selbst losgelassenen Versuchsbekanntmachung darstellt, müßte man andererseits annehmen, daß es sich lediglich um eine pausenfüllende politische Geschichtsträger handelt.

Bei der jetzigen parlamentarischen Zusammensetzung unserer Nationalversammlung wäre eine Teilnahme der Unabhängigen nur dann möglich, wenn diese sich bereit fänden, zusammen mit den Mehrheitssozialisten und Vertretern der Mehrheitsparteien, des Zentrums und der demokratischen Fraktionen, zu arbeiten. Die Unabhängigen haben aber schon immer erklärt, daß für sie ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ganz unmöglich ist. Dann bliebe aber nur noch der eine Ausweg offen, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige allein eine Regierung bildeten. Aber auch selber die Mehrheitssozialisten machen gar keinen Hehl daraus, daß für sie ein politisches Band in Hand arbeiten mit den Unabhängigen zur Zeit unmöglich ist, während andererseits die Unabhängigen sich weigern würden, mit den von ihnen so scharf bescholten „Regierungssozialisten“ zusammen zu arbeiten. Diese letzteren müßten eine ganz gewaltige Wandlung nach links durchzuführen, wenn sie Gnade vor den Augen der Unabhängigen finden wollten. Allerdings darf man die geräuschvollen Auseinandersetzungen, die innerhalb der Linken sich abspielt haben und noch abspielen, nicht immer für bare Münze nehmen. Man hat auch Beispiele, — siehe Sachsen! — die beweisen, daß die Unabhängigen auch anders denken können, wenn es sich um ihren politischen Vorteil handelt. In Sachsen haben sie mit den Mehrheitssozialisten eine Regierungsbildung übernommen und diese vor der Öffentlichkeit mit geradezu drohlich ankundenden Motiven begründet. Man auf einmal waren ihnen die Mehrheitssozialisten nicht mehr die verächtlichen „Koschekjäger“, sondern sie schlossen mit ihnen einen engen Bund, weil es in ihr politisches Geschäft ganz mit so paßte. Man braucht sich nun wahrhaftig gar nicht darüber zu verwundern, wenn die Unabhängigen auch im Reich eine anderen „Tritt“ finden würden. Es wäre gar nicht daran zu zweifeln, daß sie, wenn sie bei dieser politischen Konstellation auf ihre Kosten kämen, auch im Reichsparlament und in der Regierung mit den Mehrheitssozialisten einen Bund schließen. Sie würden das aber sicher nur dann tun, wenn die größeren politischen Vorteile auf ihrer Seite wären. Die Unabhängigen sind durchaus kluge Rechner, als solche würden sie gewiß keine Gelegenheit veräumen, die sie etappenweise ihren Endzielen näher bringen würde. Kann das mit einem, wenn auch nur vorübergehenden Zusammenschluß mit den Mehrheitssozialisten, die dann allerdings diesen Namen nicht lange mehr tragen würden, zu erreichen wäre, so würden die Unabhängigen ganz gewiß zugreifen. Die augenblickliche politische Lage aber macht in höchstem Grade ein solches aktives Betheiligen der Unabhängigen an der Regierung und an Parlament unwahrscheinlich. Die Voraussetzung wäre ja die Anerkennung der Reichsverfassung und der in ihr verankerten demokratisch-republikanischen Staatsform durch die Unabhängigen, die doch aber ihrerseits eine rein sozialistische Regierung, also unter Ausschaltung des bürgerlichen Elementes anstreben. Für eine solche Regierungsform aber sind die Dinge nun doch nicht reif. Man darf vielmehr annehmen, daß im Bürgerthum, zu dem die Arbeitererschaft doch auch zugerechnet werden muß, der Widerstand gegen eine einseitige Orientierung der politischen Kraftverteilung fortschreitend wächst. Einen Ueberblick darüber werden erst die nächsten Wahlen zum ersten regulären Parlament der deutschen Republik gestalten können. Ob die Unabhängigen nicht den Beweis dafür erbringen können, daß sie wenigstens den guten Willen haben, an Wohle des deutschen Volkes mitzuarbeiten, wird man auch gar nicht daran denken können, ihnen das Schicksal des Reiches anzuvertrauen.

Die Deutsche Antwort

Berlin, 4. September. Die deutsche Regierung hat ihre Vertreter in Versailles beauftragt, dem Ministerpräsidenten Clemenceau auf die Note über die Verfassungsbestimmungen hinsichtlich der Bundesstaaten die nachstehende Antwort zu schreiben:

Die verbündeten und assoziierten Regierungen lehnen die Note vom 2. d. M. die den Reichsrath des Reiches 61 Absatz 2 der deutschen Verfassung vorgeschlagen hat, die die Verfassung des Reiches als eine föderale Organisation der Bundesstaaten des Reiches 80 des Friedensvertrages an und fordern deshalb von der deutschen Regierung, daß sie innerhalb einer Frist von 14 Tagen ihre verbindlichen Maßnahmen trifft, um die Verfassung durch Revision der Reichsverfassung 61 Absatz 2 zu befestigen. Die deutsche Regierung erklärt hierzu folgendes:

Die deutsche Friedensdelegation in Versailles hat in ihren den Vertretern der verbündeten und assoziierten Regierungen am 20. Mai d. J. überreichten Vorschlägen zu den Friedensbedingungen bei Förderung des Artikels 80 der Bedingungen darauf hingewiesen, daß Deutschland nie die Pflicht gehabt habe noch haben werde, die deutschösterreichische Grenze gewalttätig zu verschieben, daß es aber nicht die Verpflichtung übernehmen könne, sich einem etwaigen Wunsche der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersetzen.

Die verbündeten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. darauf ausdrücklich erklärt, daß sie von dem deutschen Vorschlag auf eine gewalttätige Verschiebung der deutschösterreichischen Grenze Kenntnis nehmen.

Darüberhinaus ist bereits angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Artikels 80 des Friedensvertrages, der in seinem Inhalt sich ausdrücklich auf die künftige Möglichkeit einer mit Zustimmung des Völkerbundes erfolgten Veränderung der Grenzen Selbstbestimmungsrecht der Völker bezieht, nicht widerspricht, wenn diese Möglichkeit durch eine friedliche, den Umständen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entsprechende Verhandlung zwischen den beiden Ländern herbeigeführt wird.

Trotz dieses Sachverhalts hatten die verbündeten und assoziierten Regierungen die Zulassung deutschösterreichischer Vertreter zum Reichsrath für unvereinbar mit der im Artikel 80 des Friedensvertrages gemachten Unabhängigkeit des Landes.

Deutschland hielt sich gegenüber der Note der verbündeten und assoziierten Mächte vom 2. September nicht in der Lage, seinen bisherigen Standpunkt in dieser Frage aufrechtzuerhalten. Dadurch wird jedoch eine Aenderung des Verlautes der deutschen Reichsverfassung nicht erforderlich.

Die verbündeten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Note bereits auf den Artikel 178 der Verfassung hingewiesen, der schließlich vorschreibt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Verfassung nicht berührt werden. Dieser Artikel verbietet keine Annahme dem Bestreben, jeden etwa hervorzuheben Widerspruch zwischen den Vorschriften der Verfassung und den in ihrer Tragweite vielfach zweifelhaften Bestimmungen des Friedensvertrages unter allen Umständen auszuschließen. Der Vorbehalt des Artikels erstreckt seine Wirkung auf alle Vorschriften der Verfassung, mithin auch auf die erwähnte Vorschrift des Artikels 61 Absatz 2.

Die deutsche Regierung erklärt demnach, daß die Vorschrift des Artikels 61 Absatz 2 der Verfassung solange kraftlos bleibt, als insbesondere eine Zulassung von Vertretern Deutschösterreichs zum Reichsrath solange nicht erfolgen kann, als nicht der Rat des Völkerbundes gemäß Artikel 80 des Friedensvertrages einer Aenderung der staatlichen Verhältnisse Deutschösterreichs zustimmt.

Obwohl die Angelegenheiten mit der vorstehenden Erklärung dem Wunsche der verbündeten und assoziierten Regierungen entsprechend erledigt wird, sieht sich die deutsche Regierung doch noch zu folgenden grundsätzlichen Bemerkungen veranlaßt:

Die deutsche Regierung hat nach ihrer Ansicht keinen Anlaß dazu gegeben, das Verlangen nach Aufklärung vermeintlicher Widersprüche der deutschen Verfassung mit dem Friedensvertrag in einer derart scharfen Form zu stellen, wie dies in der Note der verbündeten und assoziierten Regierungen ist. Wenn diese Regierungen für den Fall einer Ablehnung ihrer Forderung mit einer Ausdehnung der Besetzung drohen, und sich hierfür auf den

003. Seite 1
ihre Stellen ge
nähmt. Woge
le und der sa
stlichen Verbe
Bestanden der
kenden Mögl
le freundliche
ich, Fider.
Wemert.
Wmst. Ioue
tenne, Kra
gegen 7 Uhr
ungen auszu
liebtig wie die
-r-
: Dietrich
er. - 2nd
zu Dresden.
Dresden
11 Uhr in
stern Herrn
nd
elue
ater
ubiläum-
80 Jhr.
r. St. 82.
enke, Hr.
bestimm:
neben
umwahrt.
11
Waffen
besitz Bo
de Veran.
und Res
spästestn
erter und
September
end, der
Reichsbis
starke
weicnem
im Sa
1. Frem
von 31.
von den
offizielle,
Fremde
wischen
bekannt-
Dresden.
September
Dresden
H. mit
für
ben.
Beob
den
Fest
kauf
19
Wrr
ein
Pfund
en.

Artikel 420 des Friedensvertrages berufen, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Friedensvertrag — ganz abgesehen davon, daß die verbündeten und assoziierten Regierungen ihn bisher nicht ratifiziert haben und daher ihre Ansprüche vom Rechtsstandpunkt aus überhaupt nicht darauf begründen können — für eine solche Maßnahme keine Stütze bietet.

Der Friedensvertrag mit Oesterreich

Wien, 4. September. Wie die „Wiener Morgenzeitung“ erfährt, besteht in parlamentarischen Kreisen der österreichischen Volksvertretung nicht der geringste Zweifel, daß der überreichte Friedensvertrag der Entente von Oesterreich angenommen wird.

Rotterdam, 4. September. Eine Reuterspejche aus Paris meldet: Die Fristverlängerung an Oesterreich kann nicht über den 10. September hinaus zugestanden werden.

Wien, 4. September. Die Blätter veröffentlichen Neuigkeiten des Staatskanzlers Renner, die er gegenüber privaten Berichterstattern in St. Germain geteilt hat.

Wien, 4. September. Die Blätter veröffentlichen Neuigkeiten des Staatskanzlers Renner, die er gegenüber privaten Berichterstattern in St. Germain geteilt hat. Politisch und national, so erklärte der Staatskanzler, sind wir schwer getroffen.

Der Rücktransport unserer Kriegsgefangenen

Berlin, 5. September. Der Rücktransport unserer Kriegsgefangenen macht nunmehr erhebliche Fortschritte. Die uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, hat die englische Regierung der Seinerbeförderung der in englischer Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen nunmehr zugestimmt.

welche Weise täglich 10 000 Kriegsgefangene befördert werden können. Die deutsche Regierung hat umfassende Vorkehrungen getroffen, daß jede Anzahl von Kriegsgefangenen unverzüglich heimbefördert werden kann.

Die in verschiedenen Blättern verbreitete Nachricht, daß größere Rücktransporte unserer Kriegsgefangenen wegen Mangels an Eisenbahnmateriale nicht stattfinden können, trifft danach keineswegs zu.

Köln, 4. September. Am Freitag nachmittag wird in Köln eine Konferenz zwischen den deutschen Behörden und den Engländern stattfinden, in der die genauen Zahlen und die nötigen Maßnahmen für den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen besprochen werden sollen.

Berlin, 4. September. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Heute abend ist der vierte Transport mit Gefangenen aus englischer Hand in Frankreich in Köln eingetroffen und durch das Durchgangslager Meylar weitergeleitet worden.

Zur Frage der Besetzung Oberschlesiens

In einer Berliner Zeitung war gemeldet worden, daß die Entente zur sofortigen Besetzung Oberschlesiens durch ihre Truppen schreiten würde. Dieser Nachricht war die Bemerkung beigefügt, daß ein Protest der deutschen Regierung über diese Maßnahme wohl nichts nützen würde.

Ein beherzigerer Aufruf

Vom Oberkommando Grenzschutz Ost geht folgender Aufruf an die serbischen Soldaten aus: Das Offiziersentscheidungsgeheim läßt die überzähligen serbischen Soldaten ziemlich leer aussehen.

Stellen Sie sich, wenn Sie etwas Geld haben, an die Spitze der von mir im Juli angeregten Tugendgesellschaft für Ansiedlung in Deutschland. Tun Sie sich mit einem Duzend Sächsischen Kameraden, die gelernte Landwirte sind, zusammen.

kommen und erledigen Sie den bevorstehenden Winter über in Verbindung mit Landgesellschaften und Verwandten, Bekannten, auf dem Lande die vielen Vorarbeiten und Vorbereitungen, die nötig sind, bevor im nächsten Frühjahr die arbeitsfähige Siedlung beginnen kann.

Stellen Sie sich schließlich an die Spitze von Gleichgesinnten, bei denen die harten Festlegungen des Offiziersentscheidungsgeheim dem Fuß den Boden ausgeglichen haben und die deshalb Deutschland den Rücken kehren, auswandern wollen.

Den deutschen Offiziersbund mit allen seinen Angehörigen rufe ich auf, den Kriegseisentrants bei der Lösung der genannten drei Aufgaben tatkräftig zu helfen.

Alles wartet in Deutschland auf den berühmten großen Mann, der helfen soll. Warten wir lieber nicht auf ihn, meine Herren, aber sorgen wir dafür, daß es einmal in der Geschichte heißt: In seiner schwersten Zeit fand sich in Deutschland zwar nicht der eine große Mann, aber es fanden sich Männer.

Die Uneinigkeit in der Entente

Paris, 3. September. Nach dem „Echo de Paris“ hat der Oberste Rat der Alliierten die Lage geprüft, die durch das lange Schweigen Rumäniens entstanden ist.

Amsterdam, 4. September. Nach einer Reuterspejche aus Paris ist die rumänische Frage in ein altes Stadium getreten. Da der Oberste Rat auf die kürzlich an Frankreich gerichtete Note keinerlei Antwort erhalten hat, hat er beschlossen, einen Abgesandten (Envois) nach Bukarest zu schicken.

Der „Corriere“ wendet sich scharf gegen den Beschluß des Obersten Rates der Alliierten, der das Recht der Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland bestärkt und Deutschland unter der Drohung der Besetzung Frankreichs

Uli der Bächter

Von Jeremias Gothelf

(38. Fortsetzung)

Zwölftes Kapitel

Von Verträgen und allerlei Kniffen und Kniffen

Drei Jahre waren bald verflissen, seit Uli die Waise angehtreten hatte. Der Afford war ziemlich verächtlich geworden, dank dem Bodenbauer, welcher in solchen Dingen Erfahrung hatte.

Nun ward Joggeli von seinen beiden Kindern gerupft, viel ärger als eine Gans von ihrer Meisterfrau. In einem so gerupften Mensch entsteht der Trieb, den Schaden einzuholen und wieder zu rupfen.

oben deswegen einem solchen Tropf von Manne eine solche Frau geordnet.

Er begann bei Uli jochte anzuklopfen, wie sie es miteinander hätten; er werde es wissen, daß es jetzt Zeit sei, zu- oder abzufahren; wie er Willens sei?

Da ward Uli jornig und sprach: „So machst es mit ihm,“ und ging in den Stall. Da stand Joggeli, wie Mutter an der Sonne; denn es war nicht wahr, daß ihm jemand etwas geboten.

Uli wie ein angepöppelter Ober; der Streich kam ihm ganz unerwartet, erschien ihm wie eine jörnliche Brandbeule, und gerade jetzt, wo es ihm den Schwanz austrieb.

Da tat der Alte sehr jornig; im Grunde aber war er in seinem Herzen sehr erschrocken. So seien die Leute heute zutage, begehrte er auf; kein vernünftiges Wort könne man mehr mit ihnen reden.

Da tat der Alte sehr jornig; im Grunde aber war er in seinem Herzen sehr erschrocken. So seien die Leute heute zutage, begehrte er auf; kein vernünftiges Wort könne man mehr mit ihnen reden.

Der heutige Chor und eines h a r d t - Wäincher Der Präsidenten schreien der e d l o n d e s , in der alte Mutterkirche und der Liebe m reißt fest schlinge

Freitag den eine Verfass mündung des Deutschland des, dem Friedensver Professorat sungen, wer legungstoffs lichen Staat Bern, 4 tätigt der f für Zume rationierter verlongt, die des italieni waltung soll Der Bericht darunter die der italienisch Chiasio, Italien werde der Einladung mich beizust Delegation d daß Wilkon b in der Adriaa tati in der i hädigung u Das b Die Ente nter dem 5. em gerichtete frivoleigentan abhätige, Mo hände von beigen ober b denabvertrages Brüssel, 4. tag „De Zoi den Rhein ein habes aus V und ihre Ge es nach Autve von den hollän Schiff nach S Küster zurück darauf hin die des Schiff n i h, so werden Nischen Z d deutschen Gew Die Näm Rotterdam, Paawest: Der hlung von e in das neue W nicht von den M erichtung von iert als fei Wiederein Durch die rieht, dergusolge Zucker aus S war hinzugefügt verkehr zu Schiff der begonnen w Ansbach, als ob Frankreich verla gen ergehen, da mit a u s l a n d land nicht in L unannehmbaren Eine weitere ministerium hab mitteln aus S o land einzustellen Die Nachricht ist Reichsernährungs aus Amerika hol mittlung zu über verkehr mit Am Die Form, die deutsche Presse ge es sich auch in d deutsche Oeffentli schäftsinteressen a firmen auszuspie Nach Deu Der heutige Chor und eines h a r d t - Wäincher Der Präsidenten schreien der e d l o n d e s , in der alte Mutterkirche und der Liebe m reißt fest schlinge

eine Verfassungsänderung aufzwingen will. Die Einmischung des Obersten Rates in die inneren Angelegenheiten Deutschlands sei ein Beweis mangelnden Aufstandes, dem Deutschland sei trotz der Unterzeichnung des Friedensvertrages ein souveräner Staat und kein Protektoratsstaat. Der Oberste Rat überbreite seine Befugnisse, wenn er sich auf Grund einer zweideutigen Auslegung des Rechts annahme, einem nicht mehr feindlichen Staate seinen Willen aufzuzwingen.

Bern, 4. September. Nach Mailänder Blättern bejätigt der Bericht der alliierten Untersuchungskommission für die Beziehungen zwischen den den stationierten französischen und italienischen Truppen und verlangt, die Aufhebung der französischen Marinebasis und des italienischen Nationalrats in Triest. Die Stadtwahlverwaltung soll unter eine Verbandkontrolle gestellt werden. Der Bericht beantragt außerdem gegen italienische Offiziere, darunter die Kommandanten der italienischen Marine und der italienischen Gendarmerie strafrechtliche Verfolgung.

Genève, 3. September. Frankreich, England und Italien werden eine gemeinsame Note an Wilson mit der Einladung an diesen richten, ihrem Adriakompromiß beizustimmen. In den Kreisen der amerikanischen Delegation hält man es jedoch für wenig wahrscheinlich, daß Wilson bereit sein wird, seinen bisherigen Standpunkt in der Adriafrage aufzugeben. In diesem Falle wird Titoni in der italienischen Kammer erklären, daß eine Verständigung unmöglich ist.

Das deutsche Privateigentum im Auslande

Die Entente hat nunmehr die Antwort auf die schon unter dem 5. Juli von der deutschen Regierung an Clemenceau gerichtete Note wegen Beschlagnahme des deutschen Privateigentums erteilt. Sie erklärt darin, daß sie nicht beabsichtigt, Mobilien, persönliche Effekte und Wertgegenstände von geringem Werte zu beschlagnahmen. Im übrigen aber hält sie an dem Artikel 297 Absatz II des Friedensvertrages fest.

Belgisch-holländische Streitigkeiten

Brüssel, 1. September. (Sabas-Reuter.) Wie die Zeitung „Le Soir“ berichtet, entdeckte die belgische Armee auf dem Rhein ein Schiff, das nach Abbruch des Waffenstillstandes aus Belgien abfahren war und das die Holländer durch ihre Gewässer passieren ließen. Die Belgier hätten es nach Antwerpen jurisdizieren wollen, seien aber davon von den holländischen Soldaten verhindert worden, die das Schiff nach Sumswert gebracht und dort dem deutschen Vizekonsul zurückgegeben hätten. Die belgische Regierung habe darauf hin die holländische Regierung wissen lassen, wenn das Schiff nicht binnen 48 Stunden zurückgegeben sei, so werden als Vergeltungsmaßregel alle holländischen Schiffe im besetzten Deutschland und in den deutschen Gewässern mit Beschlagnahme belegt werden.

Die Räteorganisationen in Ungarn verboten

Rotterdam, 1. September. Die „Times“ melden aus Budapest: Der Chef der Entente-Kommission hat die Zerschlagung von ehemaligen Arbeiterräten der Räteorganisation in das neue Ministerium als eine Maßnahme bezeichnet, die mit von den Alliierten gebilligt werden könne. Die Wiedererrichtung von Räteorganisationen würde von den Alliierten als feindliche Haltung angesehen und mit der Wiedereinnahme der Blockade erwidert.

Falsche Sensationsmeldungen

Durch die deutsche Presse ging vor kurzem eine Nachricht, derzufolge ein Dampfer mit 2000 Tonnen Zucker aus Hamburg in Bordeaux angekommen sei. Es war hinzugefügt, daß damit der unmittelbare Wirtschaftsverkehr zu Schiff zwischen Deutschland und Frankreich wieder begonnen habe. Die Fassung der Notiz erweckte den Eindruck, als ob aus Deutschland stammender Zucker nach Frankreich verkauft worden sei. Die amtlichen Erkundigungen ergaben, daß es sich um einen ausländischen Dampfer mit ausländischer Ware handelte, die für Deutschland nicht in Betracht kommen konnte, da ein durchaus unannehmbare Preis gefordert worden war.

Eine weitere Meldung behauptete, das Reichsernährungsministerium habe angeordnet, daß die Einfuhr von Lebensmitteln aus Holland und Dänemark nach Deutschland einzustellen sei. Auch daran ist kein wahres Wort. Die Nachricht ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß das Reichsernährungsministerium sich weigerte, für die Einfuhr aus Amerika holländischen und dänischen Firmen die Vermittlung zu übertragen, sondern den unmittelbaren Handelsverkehr mit Amerika anstrebt.

Die Form, in der die genannten Mitteilungen in die deutsche Presse gebracht wurden, legt den Gedanken nahe, daß es sich auch in diesen Fällen um Versuche handelt, die deutsche Öffentlichkeit zur Unterstützung ausländischer Geschäftsinteressen gegen die deutschen Behörden und Importfirmen auszuspielen.

Nachrichten aus Sachsen

Deutsch-Evangelischer Kirchentag

Dresden, 4. September.

Der heutige dritte Verhandlungstag wurde mit einem Choral und einem Gebet des Kirchenrates Prof. Engelhardt-München eingeleitet.

Der Präsident verlas dann ein warmes Begrüßungsschreiben der evangelischen Kirche des Baltischen Landes, in dem diese die Hoffnung ausdrückt, daß die alte Mutterkirche Deutschlands das Band des Glaubens und der Liebe mit der baltischen Kirche auch in Zukunft recht fest schlingen möge. Außerdem lag auch ein herz-

liches Begrüßungsschreiben aus Deutsch-Österreich, unterzeichnet vom Pfarrer Bed. vor. Nach der Befanntgabe weiterer Begrüßungsschreiben teilte der Präsident mit, daß sich die Vertreter der Arbeiterkassen des Deutschen Evangelischen Kirchentages zu einer Arbeiterversammlung vereinigen wollen, wobei die Verhandlung des 11. Sept. stattfand.

Der Präsident gab dann noch einige Anträge bekannt, die sich auf die Frage der Kirchenmusik beziehen. Sie wurden dem zuständigen Ausschusse zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Die Versammlung trat hierauf in die Besprechung des Berichtes über die Behandlung des Unwahlsystems in der Kirchenverfassung der einzelnen Landeskirchen ein. Der Präsident teilte hierzu mit, daß sich nicht weniger als 33 Redner gemeldet haben. (Seitens.) Er ermahnt die Redner, sich möglichst kurz zu fassen und bei der Sache zu bleiben, damit die wichtigsten Fragen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, auch erledigt werden können. Außerdem solle der Kirchentag morgen Zeit gelassen werden.

Einige Redner verzichteten aufs Wort, was mit dankbarer Zustimmung begrüßt wird, worauf die Besprechung stattfindet, auf deren Einzelheiten naturgemäß nicht eingegangen werden kann.

Als wichtigster Punkt stand auf der heutigen Tagesordnung die Frage der Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichtes in den Schulen. Berichterstatter sind die Herren Generalinspektor a. D. Birk, Geh. Oberkonsistorialrat D. Kraft, Pastor Vaden, Oberkirchenrat Stadtdiakon D. Traub-Stuttgart, Pfarrer D. Jeremias-Weipitz und Studentat D. Schäfer-Sonnenberg. Auch hierauf folgte eine längere Aussprache, worauf die Versammlung der Vorlage für einstweilen zustimmte.

Nach einer mehrstündigen Aussprache über den Bericht betr. die Behandlung des Unwahlsystems in der Kirchenverfassung der einzelnen Landeskirchen wurde ein Antrag auf Lösung der Debatte angenommen. Außerdem nahm die Versammlung noch einen Antrag an, um mit großer Mehrheit an, der wie folgt lautet: Der Evangelische Kirchentag überläßt die Entscheidung über das Wahlsystem den zuständigen Stellen, insbesondere den Synoden. Er wendet sich gegen das Eingreifen der Staatsgewalt in die Kirchenverfassung.

Hierauf wurde noch ein Antrag von Prof. Engelhardt angenommen: Der Kirchentag erklärt zur Lösung der Kirchenverfassung grundsätzliche Grundsätze: 1. Die evangelische Kirche muß Volkskirche bleiben und immer mehr als solche anerkannt werden. 2. Die Kirchenverfassung steht in vollem Einklange auf die Kirche selbst über. 3. Bei den Entscheidungen ist durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß weder die protestantischen Gemeinden durch die große Zahl der kleinen Gemeinden, noch diese durch die Masse der protestantischen Bevölkerung verdrängt werden. 4. Die Wahlen an den Synoden sind so zu gestalten, daß das junge evangelische Volkswort in ihnen seine gerechte Vertretung finden kann. 5. Die Beschlüsse für die Synoden muß so beschaffen sein, daß auch die Minderheiten in ihnen vertreten sind.

Die Verhandlungen des Kirchentages werden morgen Freitag abgeschlossen. Auf der Tagesordnung stehen noch die Frage der Förderung des Parozialismus und der Lösung der Minderheiten, sowie ein Beschl. über die nächste Versammlung des Kirchentages. Im Falle der Annahme der Vorlage über die Aufhebung und Zuständigkeiten des Kirchentages findet noch die Wahl von 15 außerordentlichen Mitgliedern zum Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss statt, für welchen Zweck beinahe ein besonderer Ausschuss eingesetzt worden ist.

Der neue sozialdemokratische Kreisvorsitzende von Leipzig Heinrich Lange ist einer der Älteren sächsischen Parlamentarier. Er wurde am 28. April 1861 zu Hagen in Hannover geboren, erlernte das Drechslerhandwerk und trat früh in die gewerkschaftliche und politische Bewegung ein. Seit Anfang der 90er Jahre nahm er am öffentlichen Leben in Leipzig regen Anteil. 1896 wurde er zum Stadtverordneten, während des Krieges zum Stadtrat ernannt. Längere Zeit war er im Reichsernährungsausschuss tätig. 1907 erlag er bei den Wahlen zum Reichstage seinem bürgerlichen Gegner Dr. Junck. Seit 1909 lag er im sächsischen Landtage, wo er namentlich als Wortführer seiner Fraktion in Kulturfragen auftrat. Auch der sächsische Volkskongress gebürt Lange an.

Aus der Südlasitz. Großes Vernehmen hat der Bericht der Jittauer Nachrichten vom 25. August über die Versammlung der gesamten Lehrerschaft Jittau Land in katholischen Kreisen erweckt. Nach der Versammlung war in erster Linie die Wahl eines Bezirkslehrerausschusses, bestehend aus 2 Schulleitern und 5 Lehrern. Obwohl ausser Mitte der Versammlung der Wunsch laut wurde, nichts zu überlegen, setzte doch der Vertreter des Bezirkschulamts durch, daß die Wahl stattfand. Obwohl im Bezirk eine ganze Anzahl katholischer Schulen sind, wurde doch kein katholischer Lehrer herangezogen. Auf dem Wege der Verhältniswahl wäre das doch leicht gewesen. Man hätte sich mit einer Liste einigen können! Hier muß mit aller Kraft gearbeitet werden, daß das Unrecht gut gemacht wird. Solche Sachen müssen den Katholiken erklärt und das Vertrauen zur Behörde erschüttern.

Chemnitz. Der „Chemnitzer Volkschor“ wird in seinen beiden nächsten Konzerten unter Leitung seines Dirigenten Walter Hänel zwei Musikskriptwerke von Engelbert Humperdinck zur Aufführung bringen: „Der Herbststurm“, Ballade für eine Singstimme und großes Orchester und eine cavella-Komposition für Männerchor „Benedictus“. Die Ausführung des „Herbststurm“ ist auf Freitag den 17. Oktober festgesetzt worden und findet unter Anwesenheit des Komponisten im Rahmen eines „Romantischen Abends“ statt. Das Werk singt Fräulein Eli-

sabeth Kethberg von der Dresdner Lande-over. Das „Benedictus“ wird die gesamte Chorvereinigung in ihrer diesjährigen Weihnachtsfeier an die Teilnehmerinnen bringen.

— **Baugen.** (Säckerlieferung.) Nachdem die Antschauptmannschaft gegen die dem Kommunalverband auferlegte Lieferung von 39 000 Doppelzentner Säcker vorstellig geworden ist, hat das Ministerium Verhandlungen mit den Berliner Zentralstellen über die Weiterleitung eingeleitet und einseitig eine Umlage nach dem Vertrag, der sich aus den Zeichnungen der Zanterschauptmännchaft für Juli 1919 ergibt, aufgestellt. Hiernach soll der Kommunalverband Baugen-Stadt und Land 11 800 Doppelzentner ausbringen. Die Menge soll mit möglicher Beschleunigung auf die Gemeinden und Erzeuger umgelegt und dabei darauf hingewiesen werden, daß es sich um eine vorläufige Festsetzung handelt, und daß die endgültige Auflage erst später mitgeteilt werden kann. Außerdem hat die Reichsackerstelle infolge der Knappheit in der Anlieferung von Brotgetreide für dieses Herbstjahr die Einfuhr und gleichzeitige bis zum 15. Oktober den Ausbruch von Säcker verboten, um alle verfügbaren Maschinen für den Brotgetreideausbruch freizumachen. Die Antschauptmannschaft kann zwar von diesem Säckerverbot in besonders gearteten Fällen Ausnahmen geltend machen, im allgemeinen wird jedoch bis zum 15. Oktober nur mit der Anlieferung der geringen Mengen Säcker zu rechnen sein, die bereits ausgedroschen sind. Die Antschauptmannschaft wird gleichwohl gemäß erhaltenen Anweisung den Gemeinden immer mitteilen, welche Säckerlieferung auf sie entfällt, damit sich die Landwirtschaft des Bezirkes rechtzeitig auf diese Lieferung einrichten kann.

— **Geheimrat v. Reib-Brandt** im Ministerium des Innern ist zum Kreisbauernrat von Baugen ernannt worden. Er hat sich bereits im Ministerium beschäftigt und wird sein neues Amt voraussichtlich am 1. Oktober antreten.

Aus Dresden

— **Wasser mit markenreinem Goldschlamm.** Dem Kohlenamt wird mitgeteilt: Es mehren sich die Klagen aus dem Publikum, daß mit dem markenreinen Goldschlamm, der sehr vielfach angeboten wird, Wasser getrieben wird. Er soll von Personen, die überhaupt nicht zum Kohlenhandel zugelassen, mit 6 Mark und mehr pro Doppelzentner verkauft werden. Dieser mildermergige, mit Asche und Sand durchsetzte Schlamm wird ab Halbe in Zanderode einfl. der Kohlensteuer für 1 02 Mark pro Doppelzentner abgeben. Jedem, dem ein wesentlich höherer Preis abverlangt wird, wird geraten, Angelegenheit beim Landeaprezimat, Niedergraben 5, zu erörtern. Im übrigen ist beim Kohlenamt angeraten worden, sobald wie möglich aus dem Zanderoder Goldschlamm dem Wertenwag zu unterstellen, damit diese Ausnahme von der allgemeinen Richtlinie nicht den Anlaß zu unerwünschten Manipulationen bietet.

— **Die päpstliche Pilgerausstellung** wird, wie nunmehr feststeht, vom 11.—21. September in der Turmhalle der 51. Volkshalle, Silbermannstraße 5, stattfinden. Sie wird Sonntags von 11—1 Uhr und 3—6 Uhr, wochentags von 10—1 Uhr und 3—6 Uhr geöffnet sein. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf., für Kinder 30 Pf.

— **Aus dem für die Erwerbslosenfürsorge** bereit gestellten Berechnungsgeld sind vom Kriegsfürsorgeamt zu den auf Grund der Stadtverordneten früher bereit gestellten 10 000 M. weitere 40 000 M. zur Einrichtung von Unterrichts- und Belehrungsstellen für erwachsene und jugendliche Erwerbslose bewilligt worden. Diese Stelle haben den Zweck, die Erwerbslosen wieder an regelmäßiges Arbeiten zu gewöhnen, sie auch durch Belehrung über Art und Ursprung der Rohstoffe und dergleichen tiefer in das Wesen der Arbeit einzuführen und auf diese Weise bei ihnen Lust und Liebe zur Ausübung ihres Berufes zu erwecken. Die Bewilligung wurde vom Räte nachträglich genehmigt.

— **Ein Transport deutscher Kriegsgefangener** aus Serbien traf in einer Stärke von 250 Mann gestern abend gegen 7 Uhr auf dem Dresdner Hauptbahnhof ein. Gegen 100 derselben stammten aus Dresden und Umgebung und wurden meist von ihren Angehörigen jubelnd begrüßt. Zunächst wurden sie dann in den Wartesaal dritter Klasse geleitet, wo sie von Herrn Geheimrat Dampel im Namen der Vereinigungen ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener herzlich begrüßt wurden. Darauf wurden Nahrungsmittel verteilt und allerlei notwendige Auskünfte an die Heimkehrer gegeben. Sie kamen aus dem Durchgangslager Leisfeld und befanden sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl in einer gesunden vortrefflichen Verfassung.

— **Verhaftet** wurde der Schlosser Bode aus Dresden, weil er im Verdachte steht, seine Ehefrau Elsa Frieda geb. Reichel vom Raubschloßjessen in der Sächsischen Schweiz herabgestürzt zu haben. Bode wurde während der Vernehmung der Frau verhaftet und ist schon 2mal, darunter mehrfach mit Zuchthaus, bestraft. Nach dem Ausbruch der Revolution war er Mitglied des Soldatenrates.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Donnerstag, den 4. September

Stadtverordneten-Vorsteher Rißche eröffnet die Sitzung um 7 Uhr 25 Minuten.

Am Rißche des Rates: Bürgermeister Dr. Reyschmar und mehrere Stadträte.

Das Eingangsergebnis weist 232 Eingänge auf. Die dringliche Ratsvorlage, betr. Bewilligung von 500 000 Mark für Mietbeihilfen an Erwerbslose, wird an den Verwaltungsausschuss überwiesen.

Nach Erledigung der Eingänge nimmt das Kollegium in einer Sonder Sitzung die durch das Gesetz vom 5. Juli

